

<http://www.jungewelt.de/2013/07-09/038.php>

# Freiheit für Bananen

Initiative für eine Zivilklausel an der Universität Kiel empört Hochschulleitung und »Sicherheitsforscher«. In Bremen wird Militärforschung vielleicht untersagt. **Von Ralf Wurzbacher**

Der Vorstoß zur Durchsetzung einer Zivilklausel an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) erhitzt die Gemüter. Nachdem sich zuletzt Studierende bei einer Befragung mit deutlicher Mehrheit für eine explizit friedenpolitische Ausrichtung der universitären Forschung ausgesprochen hatten (jW berichtete), setzte es jetzt Kritik von den Gegnern des Vorhabens. Dieses greife zu kurz und bedrohe den Grundsatz der Forschungsfreiheit, heißt es seitens der Hochschulleitung. Schweres Geschütz fährt auch der Chef des uneigenen Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK) auf: Er wettet gegen Umtriebe »von linken und vor allem linksextremen Gruppen«, die den Unibetrieb »zu steuern oder diesen zu stören« versuchen.

Gegen derlei Anwürfe verwarft sich Ruben Reid, der den Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni Kiel koordiniert. Wie er am Wochenende im Deutschlandfunk sagte, gehe es bei der Initiative zunächst einmal darum, Militärforschung »öffentlich und transparent« zu diskutieren. So müsse etwa der Frage nachgegangen werden, ob dieser Wissenschaftszweig »überhaupt einen langfristigen Ansatz bildet, um Frieden herstellen zu können«. Viele seiner Kommilitonen haben da offenbar ihre Zweifel. Bei besagter Umfrage vom 20. Juni stimmten fast drei Viertel der knapp 4 000 abstimmanden Studierenden dafür, die Grundordnung der Hochschule um folgenden Passus zu ergänzen: »Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperationen mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren.«

Die Uni Kiel soll zwischen 2007 und 2012 im Rahmen von zehn Projekten 2,7 Millionen Euro vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg) und der NATO erhalten haben, was gut einem Prozent ihrer Drittmiteinnahmen entspricht. Laut einem Hochschulsprecher sei mit dem Geld unter anderem untersucht worden, wie U-Boote Meeresräger beeinflussen. Das ist aber wohl nur ein Teil der Wahrheit: Das Internet-

portal german-foreign-policy.com hatte Anfang Mai berichtet, in Kiel werde im BMVg-Auftrag ein Konzept zur Aufstandsbekämpfung für die Bundeswehr entwickelt. Verlangt wird darin unter anderem die Intensivierung der Auslandsspionage und eine stärkere staatliche Nutzung von Nichtregierungsorganisationen bei Militärinterventionen. Gemäß der in der Studie beschriebenen sogenannten Counterinsurgency-Strategie muß Deutschland »in Zukunft mehr Verantwortung für die Wahrung von Stabilität und Sicherheit der an Europa angrenzenden unruhigen Regionen übernehmen«.

Ausgeheckt haben die Planspiele Forscher des ISPK, und nicht zufällig sagt dessen Direktor Joachim Krause zu einer Zivilklausel »Nein, danke«. In einer ausführlichen Stellungnahme nennt er das Vorhaben eine »politische Mogelpackung«, die darauf abziele, Kontakte mit der Bundeswehr oder der wehrtechnischen Industrie »zu diskre-

ditieren und zu unterbinden«. Dahinter stehe zumeist die Absicht, Stimmung gegen Auslandseinsätze »im Rahmen von internationalen Friedensmissionen und Missionen der Friedenskonsolidierung« zu machen. Es gehe, so Krause weiter, »um politisch motivierte Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre. Das ist für eine freie Universität in einer demokratischen Gesellschaft völlig inakzeptabel.«

Bemerkenswert ist, wie der ISPK-Chef den Spieß umdreht und den Aktivisten den schwarzen Peter zuschiebt. Die Zivilklausel ist nämlich laut Krause »keine Friedensklausel«, eben weil ihre Betreiber die deutsche Truppe als vermeintlichen Friedensstifter nicht anerkennen. »Das ist etwas völlig anderes als ein Bekenntnis zum Frieden und diese kleine sprachliche Differenz macht politisch einen enormen Unterschied.« Merke: Wer Militärforschung verhindert, befördert in Wahrheit den

Krieg. Das bewegt sich auf derselben Argumentationsebene wie ein aktueller Werbespot der deutschen Marine. Darin wird der Einsatz der Bundeswehr zu Wasser damit verklärt, Kindern den ungehinderten Zugang zu Bananen zu sichern.

Studierende schlucken solchen Unfug offenbar nicht. Inzwischen gibt es an 13 Hochschulen Initiativen, Forschung und Lehre von rüstungs- und militärpolitischen Einflüssen zu befreien. Was Krause als eine »regelrechte Kampagne« aus dem »linken (oft linksextremen), antimilitaristischen Spektrum« verteufelt, ist längst eine Erfolgsgeschichte, die Rüstungsindustriellen, Politikern und Rektoren erste Sorgen bereitet. Auf ihren vorläufig größten Triumph steuert die Bewegung aktuell an der Uni Bremen hin: Dort soll die bereits seit 1986 bestehende Zivilklausel nicht länger nur Selbstverpflichtung sein, sondern demnächst Eingang ins Landeshochschulgesetz finden.

The screenshot shows the website of the Institut für Sicherheitspolitik (ISPK) at the University of Kiel. At the top left is the ISPK logo, a globe with an arrow, and the text 'Institut für Sicherheitspolitik Universität Kiel'. To the right is the CAU logo. Below the header is a navigation menu with tabs: Home, Mitarbeiter, Publikationen, Projekte (selected), Veranstaltungen, Partner, Kontakt, Suche. The main content area features a large image of soldiers in military gear. Below the image, the text reads: 'Home > Projekte', 'Projekt', 'Counterinsurgency - Erfahrungen, Strategien und Aussichten unter besonderer Berücksichtigung des ressortübergreifenden Ansatzes', 'Seit April 2011 arbeitet das ISPK im Auftrag der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, an der Studie „Counterinsurgency – Erfahrungen, Strategien und Aussichten unter besonderer Berücksichtigung des ressortübergreifenden Ansatzes“. Projektpartner ist das Center for a New American Security (CNAS) in Washington, D.C.', and 'Antrag des Ant'. On the right side, there is a 'LINKS' section with logos for CAU and the Institut für Sozialwissenschaften Bereich Politikwissenschaften.

Lerninhalt Aufstandsbekämpfung: Website des Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK) der Uni Kiel